

IWH-Pressemitteilung 12/2009

SENDESPERRFRIST: 18. Februar 2009, 11.30 Uhr

SPERRFRIST: 18. Februar 2009, 12.00 Uhr

**Ansprechpersonen: Henry Dannenberg (Tel.: 0345/7753-871)
Wilfried Ehrenfeld (Tel.: 0345/7753-832)**

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Vermeidung von CO₂ – ein Kommentar

In jüngster Zeit wird in Deutschland verstärkt über die Wirkung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes oder auch des Glühbirnenverbots diskutiert.

Das IWH vertritt die Meinung, dass die durch diese Maßnahmen von der Politik angestrebten CO₂-Reduktionen unnötig verteuert werden und dieselben Ergebnisse kostengünstiger zu erreichen wären, wenn dem CO₂-Zertifikatehandel mehr Vertrauen entgegen gebracht werden würde.

Halle (Saale), den 18. Februar 2009

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale) Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Tel.: (0345) 7753-60 Fax: (0345) 7753 820 <http://www.iwh-halle.de>

Kommentar:

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Vermeidung von CO₂

In Deutschland existiert mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein Instrument, das auch die Senkung von CO₂-Emissionen zum Zweck hat. Die Sinnhaftigkeit dieses Gesetzes wird in jüngster Zeit in der deutschen Medienlandschaft vehement in Zweifel gezogen.¹ Es wird bemängelt, dass die Verschmutzungsrechte, die aufgrund der mit dem EEG eingesparten CO₂-Emissionen frei werden, verkauft werden können. So würden die eingesparten Emissionen in selber Menge an anderer Stelle entstehen. Andere widersprechen diesem Punkt und vertreten die Auffassung, dass durch die CO₂-Einsparungen deutscher Windräder im Ausland nicht mehr Kohlendioxid ausgestoßen werden darf, sondern hierdurch der Preis für die knappen Zertifikate gedämpft wird.

Der CO₂-Zertifikatehandel wurde 2005 als Instrument der europäischen Klimapolitik eingeführt. Ziel ist es zu erreichen, dass eine von der Politik für einen bestimmten Zeitraum vorgegebene Emissionsmenge nicht überschritten wird. Der Emissionshandel wurde deshalb gewählt, da durch dieses Instrument genau dort Emissionen eingespart werden, wo die Reduktion am kosteneffizientesten ist. Durch die sukzessive Reduktion der von der Politik erlaubten CO₂-Menge soll so ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden.

Leider wird in der Diskussion nicht immer auf den eigentlichen Kern der Kritik am EEG eingegangen. Es ist wenig zielführend darüber zu streiten, ob die durch das EEG eingesparten Zertifikate in Deutschland oder in Polen verbraucht werden – das ist ein Effekt des Emissionshandels. Relevant hingegen ist die Frage, ob es effizient ist, durch das EEG CO₂ einzusparen, oder ob dieselbe Menge CO₂ preiswerter an anderer Stelle eingespart werden kann. Genau an dieser Stelle setzt die Kritik an der Politik an. Mit der Einführung des CO₂-Zertifikatehandels wurde anerkannt, dass der Markt am besten in der Lage ist, die Investitionsmöglichkeiten zu identifizieren, mit denen eine gewünschte Reduktionsmenge am preiswertesten realisiert werden kann. In dem Moment, wo die Politik durch Anreize diesen Allokationsmechanismus stört, mindert sie die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt.

Tatsächlich wird durch das EEG etwas Druck von den Unternehmen genommen, von sich aus ihren CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Die durch das EEG eingesparte Menge CO₂ muss an anderer Stelle nicht eingespart werden, was zu einer Verringerung des CO₂-Zertifikatpreises führen kann. Damit ist die Aussage richtig, dass das EEG den Zertifikatpreis senken kann. Im Endeffekt subventioniert der deutsche Stromkonsument also nicht nur die erneuerbaren Energien, sondern im geringen Umfang auch die gesamte CO₂-erzeugende Industrie Europas. Zu diesem Schluss kam bereits 2004 der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Die Politik sollte sich daher die Frage stellen, was mit dem EEG oder beispielsweise auch mit dem Ende 2008 von der EU beschlossenen Glühbirnenverbot bezweckt werden soll und wie diese Ziele kommuniziert werden. Das EEG ist ein mögliches Instrument zur Förderung einer nachhaltigen Energieversorgung. Weiter kann es als Mittel zur Förderung der Erneuerbaren-Energien-Branche in Deutschland und dem Erhalt der damit verbundenen Arbeitsplätze dienen. Auch fördert es die politisch gewollte Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energien im deutschen Strom-Mix. Für das Glühbirnenverbot ist hingegen die Senkung des EU-weiten Stromverbrauchs und damit die Vermeidung von CO₂-Emissionen die einzige Begründung.

Ohne EEG und Glühbirnenverbot würde europaweit dieselbe CO₂-Reduktion erfolgen, jedoch zu geringeren Kosten. Es wäre daher zu empfehlen, dass die Politik bei der Minderung von CO₂-Emissionen solche Maßnahmen fördert, die nicht bereits im Zertifikathandel berücksichtigt werden.

*Henry Dannenberg (Henry.Dannenberg@iwh-halle.de)
Wilfried Ehrenfeld (Wilfried.Ehrenfeld@iwh-halle.de)*

¹ Zur aktuellen Diskussion siehe unter anderem <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,606532,00.html> und <http://www.greenpeace-magazin.de/index.php?id=luegendetektor>